



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

32. Sitzung (öffentlich)

23. Februar 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:15 Uhr

Vorsitz: Sonja Bongers (SPD)

Protokoll: Eva M. Kiwitt

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung: | 3 |
| 1 | Entwurf einer Verordnung zur Änderung über die Fachbereiche und Abteilungen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen in Gelsenkirchen | 4 |
| | Vorlage 17/4590
Drucksache 17/12456 | |
| 2 | Gesetz zur Änderung des Kunsthochschulgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Hochschulbereich | 5 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11685

Ausschussprotokoll 17/1280 | |

3	Minderausgaben im Personalbereich und Stellenbesetzung zum 01.01.2021	6
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/4630 Vorlage 17/4678	
4	Stufenzuordnung in der Landesverwaltung bei Wechsel aus der Privatwirtschaft	7
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/4621	
5	Bezahlung von Fachlehrer/innen	8
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/4666	
6	Verschiedenes	9

2 Gesetz zur Änderung des Kunsthochschulgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Hochschulbereich

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11685

Ausschussprotokoll 17/1280

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/11685, wurde vom Plenum nach 1. Lesung an den Wissenschaftsausschuss – federführend – an den Ausschuss für Kultur und Medien, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Unterausschuss Personal, an den Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

Der Wissenschaftsausschuss hat gemeinsam mit dem Ausschuss für Kultur und Medien eine Anhörung durchgeführt. Der Unterausschuss hat sich nachrichtlich daran beteiligt.

Vor der abschließenden Beratung und Abstimmung über den Gesetzentwurf nimmt **Monika Düker (Grüne)** Bezug auf den Mitgliedsstatus der Lehrbeauftragten und bittet um Beantwortung der Frage, ob ggf. ein höherer Stellenaufwuchs geplant sei und dies dahinter stehe, warum man den Mitgliedsstatus der Lehrbeauftragten streiche.

Der Vertreter des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft, **RR Sebastian Pieper**, könne nur Auskunft zu der gesetzlichen Änderung im Hinblick auf die Lehrbeauftragten, die die Statusänderung vollziehe, geben. Damit sei keine weitere personelle Veränderung der betroffenen Lehrbeauftragten als Solches verbunden, sondern nur die Statusänderung vom Mitglied zum Angehörigen der Lehrbeauftragten. In der Hochschule sei es bereits der Fall. Weitergehende Antworten können in dieser Sitzung seitens **RR Pieper** nicht gegeben werden.

Der Unterausschuss verständigt sich darauf, dass weitergehende Auskünfte in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 25.02.2021 beantwortet werden sollen.

Im Ergebnis empfiehlt der Unterausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung mehrheitlich anzunehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss wird das Votum mit dem Ergebnis der Beratungen im Unterausschuss in seiner Sitzung am 25.02.2021 an den federführenden Wissenschaftsausschuss weitergeben.

Rückwirkend zu diesem TOP wird seitens der Vorsitzenden auf einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen hingewiesen.

